



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Benno Zierer, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

Alexander Flierl, Kerstin Schreyer, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Volker Bauer, Dr. Andrea Behr, Franc Dierl, Leo Dietz, Dr. Stefan Ebner, Thomas Holz, Andreas Kaufmann, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Jenny Schack, Josef Schmid, Steffen Vogel CSU

Länder an Einnahmen aus CO₂-Emissionszertifikaten beteiligen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative für eine Beteiligung der Länder in Höhe von 25 Prozent an den Einnahmen des Bundes aus dem europäischen und dem nationalen Emissionshandel einzusetzen.

Begründung:

Die Einnahmen aus dem europäischen und dem nationalen Emissionshandel lagen in Deutschland im Jahr 2024 bei rund 18,5 Mrd. Euro. Die Erlöse aus diesen beiden zentralen Klimaschutzinstrumenten lagen damit noch einmal leicht über denen des Vorjahres.

Um Klimaschutzmaßnahmen vor Ort wirksam und nachhaltig fördern zu können, ist eine bessere finanzielle Ausstattung der Länder erforderlich. Da die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung teilweise von Ländern und Kommunen generiert werden, ist es sachgerecht, diese Mittel anteilig an sie zurückzuführen. Insbesondere die Kommunen sollen in besonderem Maße von einer Länderbeteiligung an den Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung profitieren.